

## Pressemitteilung

Nr. 61/2013

Kiel, 20.08.2013

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. 0431-988 1383

### **SSW im Landtag**

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80

Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74  
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300

Fax (04 61) 144 08 305

E-mail: [landtag@ssw.de](mailto:landtag@ssw.de)

## Tariftreuegesetz ein Vorbild für ganz Deutschland

*Zum Lob des DGB und der Hans-Böckler-Stiftung für das neue  
Tariftreuegesetz erklärt der Vorsitzende des SSW im Landtag, Lars  
Harms:*

In 13 Bundesländern gelten Tariftreuegesetze oder sind in der Planung. Lediglich in Bayern, Hessen und Sachsen weigern sich die dortigen CSU-, CDU- und FDP-geführten Regierungen weiterhin, den Menschen bessere Arbeits-, und den Unternehmen faire Wettbewerbsbedingungen zu ermöglichen.

Die Nase vorn hat seit 1. August Schleswig-Holstein. Denn das neue Tariftreue- und Vergabegesetz der rot-grün-blauen Landesregierung ist das modernste und arbeitnehmerfreundlichste seiner Art in Deutschland.

Zu diesem Schluss kommt auch der Deutsche Gewerkschaftsbund. Das neue Gesetz von SSW, SPD und Grünen sei derzeit „das Vorzeigemodell“, so der wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Experte der Hans-Böckler-Stiftung Torsten Schulten und Olaf Schwede vom DGB Nord in der neuesten Ausgabe des DGB-Magazins „Einblick“.

In der Tat: Das neue Tariftreuegesetz sorgt dafür, dass unsere mittelständischen Unternehmen endlich wieder unter fairen Wettbewerbsbedingungen an Vergabeverfahren für öffentliche Aufträgen teilnehmen können, und es sorgt dafür, dass Menschen von ihrem Lohn leben können ohne auf staatliche Zuweisungen angewiesen zu sein.

Vorbei sind die Zeiten, in denen Großunternehmer ihre Konkurrenz durch Dumpinglöhne ausbooten. Vorbei sind auch die Zeiten, in denen eine CDU/FDP-Regierung dem tatenlos zusieht. Das ist gut für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land.

Fakt ist: Auch wir stehen zum Grundsatz der Tarifautonomie. Wo dieser jedoch praktisch bedeutet, dass Lohngrenzen nach unten offen sind, sehen wir uns in der Pflicht, die Menschen vor Ausbeutung zu schützen.